

Bregenzwälder Zeitung

Donnerstag, 28. April 2016 Abhängige Zeitung des Kulturforums Bregenzwald Nr. 8, 5. Jg. 2016 unbezahlbare Gratisausgabe für den Wald

Flucht, Politik, Merkel und die Ethik

Seit mehr als einem Jahr ist das Flüchtlingsthema nun auch im Bregenzwälder gesellschaftlichen Diskurs nicht mehr nur ein Gerede über Menschen weit weg, sondern auch über Menschen in unseren Gemeinden. Selbst bei unseren öffentlichen Veranstaltungen wurde dieses Thema immer wieder massiv eingebracht. Auch kulturforumsintern haben wir immer wieder - durchaus auch kontrovers - diskutiert. Zwei Beiträge in dieser Zeitung beschäftigen sich mit diesem Thema und sie werden uns noch länger beschäftigen.

In einem Punkt sind sich alle einig, nämlich dass wir die Fluchtursachen „bekämpfen“ müssen. Völlig uneinig aber sind sich viele, was denn die Fluchtursachen sind und wie sie „bekämpft“ werden müssen. Sind die Ursachen für die einen die wirtschaftlich ungerechten Strukturen inklusive der Steueroasen und der Waffenhandel, von denen wir im Norden profitieren, sind es für die anderen Terroristen und Islamisten, die Krieg und Terror verbreiten. Für die einen sind Flüchtlinge Menschen, die vor Tod und Verfolgung Schutz suchen, für die anderen Menschen, die ein besseres, angenehmeres Leben suchen und Wirtschaftsflüchtlinge genannt werden. Demzufolge sieht auch die „Bekämpfung“ der Ursachen ganz unterschiedlich aus. Die Wahrheit kennt ja verschiedene Väter und liegt meistens irgendwo in der Mitte. Es liegt genau so auf der Hand, dass wir mit unserem arabischen Öl im Autotank Mitschuld tragen, wie dass terroristische Gruppen wie Boko Haram oder der IS mit militärischen Mitteln und Waffen bekämpft werden müssen. Bei den Flüchtlingen gibt es die von Mord und Folter bedrohte Familie und den IS-Terroristen, der auch durch unser Österreich reiste. Deshalb muss – oder müsste – jeder Asylantrag individuell geprüft werden.

Bundeskanzlerin Merkel und die Politik der EU

Es gibt kaum einen Zweifel daran, dass die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel mit ihrem Aufruf an die syrischen Flüchtlinge im August letzten Jahres mit „Wir schaffen das“ eine riesige Flüchtlingsbewegung auslöste. Sie begründete das mit dem Auffinden der tragisch erstickenen Flüchtlinge in einem Schlepperfahrzeug in Österreich. Sie verwies damals auf das deutsche Grundgesetz und die Menschenwürde, die sie jedem einzelnen zukommen lassen wolle. „Wo uns etwas im Wege steht, muss es überwunden werden“, meinte sie damals. Sie sprach freilich von großer gemeinsamer Sache von Bund und Ländern, von Deutschland und Frankreich, von Ehrenamt und von Europäischer Union. Der ungarische Ministerpräsident Viktor Orban sprach dann postwendend von Merkels Flüchtlingen und sperrte sie einerseits mittels menschenverachtendem Zaun aus und winkte dann den Strom an Menschen weiter nach Österreich in Richtung Deutschland. Und in diesem Zusammenhang hat sich eine Alberschwender Bürgerinitiative um die BGMin Angelika Schwarzmann mit viel politischem Mut und Zivilcourage gegen eine Rückführung von Flüchtlingen nach Ungarn gewehrt, weil sie damals schon wussten, dass Ungarn für Flüchtlinge kein sicheres Land mehr ist. Das gilt es einmal anzuerkennen. Dass die Initiative vor allem am Anfang mit ihren „Wir sind Asyl“-Plakaten mit Schweinekopf auch provozierte, war vermutlich kontraproduktiv, wie möglicherweise wenig später festzustellen war. Auch die Ansiedelung von Flüchtlingsfamilien weit außerhalb des Alberschwender Zentrums ohne Einbindung der Nachbarschaft war suboptimal. Aber es galt Unterkünfte zu finden und so war die Politik getrieben, zu nehmen, was zu finden war. Dieses Getriebenwerden war dann auch in der Politik auf nationaler Ebene zu finden. Die Politik hatte keinen Plan A und B für diese Flüchtlingsströme, obwohl sie schon seit Jahrzehnten im Bereich des Möglichen lagen. So wurde weitergewunken, wo immer es ging, in Griechenland, in Mazedonien, auf dem Balkan insgesamt und auch in Österreich und in Deutschland nach Skandinavien. Bis das liberale Schweden „dicht“ machte. Deutschland folgte, wenn auch nicht so offensichtlich, aber doch mit Tageskontingenten, die Österreich unter Druck setzten. Auch die deutsche Politik unter Merkel erkannte, das kann so nicht weitergehen, ohne es aber so auszusprechen. Rechtsstaatlich weitgehend ungeordnet, also ohne Registrierung und weitgehend ohne Plan für eine funktionierende Aufnahme oder gar Integration.

Eine 180-Grad-Änderung in der Flüchtlingspolitik

Interessanterweise hatte der jüngste Außenminister der EU, der Österreicher Sebastian Kurz, schon im August letzten Jahres gewarnt, dass er die offenen Grenzen innerhalb der EU in Gefahr sieht, wenn die Außengrenzen nicht ordentlich gesichert sind. Und wenn die Länder der EU ihre Grenzen dicht machen, ist das ein Signal nach innen an eine größer werdende Wählergruppe, aber nach außen ein Eingestehen der verfehlten Flüchtlingspolitik, von der Integrationspolitik noch ganz zu schweigen. Da hat vor allem Österreich noch viel aus der Vergangenheit zu lernen. Denn dass wir Erfahrung mit durchgängiger erfolgreicher Integrationspolitik haben, kann nicht behauptet werden. Vor allem bei den Tschetschenen, aber auch bei Vielen mit türkisch-migrantischem Hintergrund gibt es noch viel zu tun. Dass

wir mittlerweile Kinder in der vierten Generation in den Schulen haben, die nicht der Unterrichtssprache folgen können, ist ein Armutszeugnis für die Integrationspolitik der vergangenen Jahrzehnte. Hier sind dringend Konzepte vom zuständigen Minister Kurz vorzulegen und erfolgreich umzusetzen. Sonst „schaffen wir das“ nicht. Dass wir es bis hier her geschafft haben, hat nämlich weniger mit funktionierenden politischen Strukturen zu tun, sondern eher mit ehrenamtlichem Engagement, das aber auch wieder ermüden kann.

Flucht und die ethischen Perspektiven

In amerikanischen Medien wurde die deutsche Kanzlerin Angela Merkel zum Teil heftigst kritisiert, weil Deutschland „sein Modell“ hegemonial allen anderen EU-Ländern überstülpen wolle, was ja bisher auch nicht funktionierte, sondern viel eher kläglich scheiterte. Ob die Europäische Union damit auch schon gescheitert ist, man denke nicht nur an das Schengen-Abkommen, sondern vor allem an den Gedanken der Solidarität, lässt sich (noch) nicht abschließend in die eine oder andere Richtung beantworten.

Ein deutscher Wahlforscher meinte in einem Interview, dass Merkel zwar gesinnungsethisch gut gehandelt habe, also gemäß ihrer christlichen Gesinnung, aber verantwortungsethisch, im Sinne, dass auch die Folgen berücksichtigt werden, nicht. Vielmehr gefährde sie mit ihrer Politik die innere Sicherheit, überstrapaziere die Solidarität zwischen den immer noch in der EU existierenden Nationalstaaten und den inneren Wohlstand. Ob Merkels treibende Kraft die moralische Gesinnung war oder nicht, oder wenigstens auch, kann nur sie beantworten. Dass es auch zu ihren Überlegungen gehörte, junge, gut ausgebildete Arbeitskräfte (das wurde von den Syrern anfangs wenigstens erwartet) in den ausgedünnten deutschen Arbeitsmarkt zu bekommen und die demographische Kurve auszugleichen, sagte sie selber.

Was aber an der gesinnungsethischen Variante von Merkel zweifeln lässt, ist der „Deal“ mit der Türkei. Und gleich von zwei Seiten. Es ist nicht anzunehmen, dass die Türkei Erdogans mit Flüchtlingen jeglicher Provinienz menschenwürdig umgeht, wenn er es nicht einmal mit kritischen Journalisten oder Justizbeamten u. v. a. tut. Auf der anderen Seite mutet sie Europa tatsächlich zu viel zu, wenn sie gerade mit der Regierung Erdogans die Beitrittsgespräche beschleunigen will und auch in der Visa-Frage von ca. 10 auf 100 nachgeben will. Gesinnungsethisch müsste sie sich fragen, kann und will ich, wollen wir, mit dieser Türkei unter Erdogan Verträge über die Rückführung von Flüchtlingen schließen, wenn diese nicht einmal gegenüber dem eigenen Volk einen rechtsstaatlichen und modernen demokratischen Umgang pflegt. Und auf der anderen Seite, wo bleiben die rechtsstaatlichen Grundgesetze einer Europäischen Union, die das unauflösliche Fundament einer europäischen Idee sind? Was macht das mit der EU und den wiedererstarkten Nationalstaaten in der EU? Das ist Verantwortungsmoral und verantwortungsethisch gedacht. Was sind oder könnten die Folgen sein, wenn...? Aus (m)einer, möglicherweise konservativen Gesinnung heraus, schäme ich mich für die Bilder von Idomeni, wo stillende Mütter, Kinder, Alte, Kranke im Schlamm und unterversorgt leben müssen, weil sie eh wieder zurück in die Türkei geführt werden. Das, meine ich, ist Europa unwürdig. Für diese Zustände sind wir innerhalb Europas voll verantwortlich und diesen Menschen, meine ich, müssten wir die Türe öffnen. Jungen Männern kann man durchaus auch eine Anstrengung zur Befreiung und Befriedigung ihres Mutterlandes abverlangen. Wir kennen ja auch eine Wehrpflicht und in der Moskauer Deklaration 1943 wurde auch von Österreich selber ein Beitrag zur Befreiung aus der nationalsozialistischen Diktatur abverlangt. Zu Recht, wie ich meine. Aber Frauen und Kinder im Dreck geht gar nicht. kb

Konstruktiver Journalismus

Medien gelten als vierte Gewalt im Staate und nehmen eine wichtige Rolle der Kontrolle, aber auch der Interpretation ein. Sie müssen einerseits entscheiden, was von dem was ihnen „zu Ohren kommt“, wichtig ist, aber andererseits auch dort „stöbern“, wo etwas für die Öffentlichkeit wichtig ist, aber eben nicht an die Öffentlichkeit kommt oder kommen soll. Das nennt man dann investigativen (aufdeckenden) Journalismus oder auch negativen Journalismus, weil es in der Regel „bad news“ sind, also schlechte Nachrichten. Im positiven Journalismus werden hin-

gegen nur gute Nachrichten weitergetragen, was dann eher zur Öffentlichkeitsarbeit verkommt, die Lobhudelei bedeuten kann. Als neue Form hat sich der konstruktive Journalismus herausgebildet, der neben dem Aufzeigen und Kritisieren sich auch um Lösungen für die angesprochenen Probleme kümmert. Das kann durchaus über Interviews mit Experten geschehen, aber auch über Medienformate wie Podiumsdiskussionen wie der VN-Stammtisch zur Politik in Egg oder die Diskussion in Hittisau zu „Frauen in der Wälder Politik“.

Moral, Politik und Religion

„Ein Journalist, der irgendwas verfasst, was Erdogan nicht passt, ist morgen schon im Knast“, hieß es unter anderem im deutschen TV-Satire-Magazin „extra 3“ zur Musik von Nena. Tragischerweise war oder ist das nicht nur witzig, sondern auch real. Die Frage stellte sich dann ein: Was darf Satire, Kunst und Kultur, bzw. wo sind die Grenzen? Es geht hier um Meinungsfreiheit, es geht um die Freiheit der Kunst und Kultur, es geht um Pressefreiheit und Medienethik. Es geht aber auch um Strafrecht, um Verfassungsrecht und sogar um internationales Recht und damit auch um die Grundfesten unserer Demokratie und unseres Rechtsstaates. Während wir davon ausgehen, dass ein Politiker eine dicke Haut haben muss und viel, viel Toleranz aufbringen muss, bestellte der geschmähte türkische Staatschef den deutschen Botschafter ein und verlangte ein gesondertes Strafverfahren wegen Beleidigung eines ausländischen Staatsoberhauptes. Das wiederum kann in Deutschland nur mit Zustimmung der Bundesregierung erfolgen. Und die erfolgte. Merkel gab nach. Zu Recht?

Rechtlich stützt sie sich auf einen vielleicht nicht mehr zeitgemäßen Paragraphen im deutschen Recht, demokratiepolitisch und moralisch(?) bezieht sie aber hiermit auch Stellung. Auf der einen Seite bringt sie zum Ausdruck, dass auch die Kunst, und mit ihr die Satire, Grenzen kennen und akzeptieren muss, und dass es bei Zuwiderhandlung ordentliche Gerichte gibt. Auf der anderen Seite entspricht es nicht dem liberalen Gedanken einer modernen Demokratie und der Medien- und Meinungsfreiheit, wenn sie hier nachgibt. Schon gar nicht dem Gedanken, dass Kunst „frei“ sein soll oder gar sein muss. Auf alle Fälle ist hier eine intensive Diskussion angebracht, sowohl über Paragraphen als auch über Moral. Denn die demokratische Politik folgt immer der Moral über die darauffolgende parlamentarische Mehrheit und ihre Gesetzgebung. Die Moral wiederum kann eine religiös fundierte sein oder eine säkulare, wie zum Beispiel die der Aufklärung. Dass die islamische Religion – und damit auch wir – über große Teile mit diesen ein Problem hat, merken wir heute schon. Von der Ganzkörperverschleierung über die Vielehe (bei Flüchtlingsfamilien) bis zur Verweigerung, der Lehrerin die Hand zu geben. Ein unterschriebener Wertevertrag kann nur ein bescheidener Anfang sein. Aber ein klares Zeichen.

Impressum:
Bregenzwälder Zeitung,
Redaktion: Kurt Bereuter,
Vorholz 263, 6861 Alberschwende
Druck: Thurnher Druckerei,
Grundweg 4, Rankweil/A
Briefe an die Herausgeber:
Kulturforum Bregenzwald
Vorholz 263, 6861 Alberschwende
www.kufobregenzwald.at

Einen gemeinsamen Weg starten und eine Bereicherung erleben

Silvia Thurnher

Derart große gesellschaftliche Veränderungen wie jene der Flüchtlingsbewegungen der vergangenen Zeit, habe ich während meines gar nicht so kurzen Lebens noch nicht erfahren. Diese auch kulturpolitische Herausforderung lediglich zur Kenntnis zu nehmen, Betroffenheit zu zeigen, aber untätig zu bleiben, genügte mir persönlich mit einem Mal nicht mehr. Deshalb habe ich darüber nachgedacht, was die in unserem Land Ankommenden am dringendsten benötigen. Die Antwort war rasch klar. Das Gefühl, heimisch werden und eine erfolgreiche Integration starten zu können, führt über die Sprache.

Auf meine Anfrage zur Deutschvermittlung hatte Daniela Thaler, die Projektleiterin der Initiative „engagiert sein“, eine zündende Idee. Und so startete im vergangenen Herbst eine Deutschbegleitung für Frauen. Offene Türen fanden wir in der Mittelschule Lingenu und bei Direktor Roland Beer vor. Spontan und unbürokratisch wurde uns der Aufenthaltsraum an einem Vormittag pro Woche zur Verfügung gestellt. Optimale Lernbedingungen für sieben syrische Frauen, die in den Vorderwälder Gemeinden Lingenu, Hittisau und Langenegg wohnen.

Lernen mit Humor

Zugegeben, der Start war eine große Herausforderung. Zwar kannten alle Teilnehmerinnen zumindest das Alphabet, alle hatten aber sehr geringe Sprachkenntnisse, lediglich eine Frau konnte sich ein wenig in Englisch verständigen. In guter Stimmung, mit hoch motivierten Frauen, Wörterbuch, kreativen Zeichnungen und Spielen haben wir unser gemeinsames Vorhaben gestartet. Seither beschäftigen wir uns ohne Druck und in einem guten Kontakt zueinander mit der deutschen Sprache. Und da gibt's auch immer wieder etwas zu lachen, wenn ich beispielsweise den Unterschied zwischen billigen Eiern und Eiern von glücklichen Hühnern mit meinen Zeichenkünsten zu erläutern versuche. Letztlich waren wir beim Thema Brot backen. Eine Frau brachte ein Fladenbrot mit Ameisen in Verbindung, weil sie das Wort ‚Ameise‘ mit ‚Mais‘ verwechselt hatte. Als ich ihr den Unterschied an die Tafel zeichnete, amüsierten wir uns herzlich.

Learning by doing

Die Frauen sind zwischen siebzehn und achtunddreißig Jahre alt. Für Anekdoten, persönlich Erlebtes und Fragen egal welcher Art, ist immer Zeit. Anlässe dazu gibt es unendlich viele, wie beispielsweise Feste hier und dort, der Frauentag, Beerdigungen, Ramadan, usw. So oft es möglich ist, machen wir „learning by doing“. Sehr freundlich wurden wir im Adeg empfangen, als wir zusammen einkaufen kamen und einige

Frauen selbst an der Wurst- und Brottheke ihre Wünsche formulieren konnten.

Frauensache

In Frage gestellt wurde, ob es sinnvoll ist, eine reine Frauengruppe zu führen. In gemischten Gruppen erfahren die Frauen, dass die Gleichstellung von Frau und Mann hierzulande selbstverständlich ist. Jedoch: Alleine mit dem Bus in eine andere Gemeinde zu fahren und an einem Projekt teilzunehmen, das dem Ehemann nicht bekannt ist, werte ich auch als bedeutende Erfahrung für die Frauen.

Lernen ist ein Geben und Nehmen. Von unseren wöchentlichen Treffs (es ist untersagt, unsere Lernstunden als Deutschkurs zu bezeichnen) habe ich selbst schon viel profitiert. Beispielsweise habe ich erfahren, dass fast alle syrischen Frauen Frischkäse zuhause herstellen. Wie das geht, wurde mir umgehend vermittelt.

Lernerfahrung

Im Hinblick auf ihre Anwesenheit agieren sie sehr flexibel. Man könnte dies als Unzuverlässigkeit bezeichnen, dahinter stehen jedoch unterschiedliche Sozialisationsformen und auch daran arbeiten wir. Umgekehrte Erfahrungen habe ich ebenso gemacht. Letztlich hatte eine Frau Besuch von ihrer Schwester und diese ist kurzerhand mit zu unserer Lerngruppe gekommen. Dazu brauchte sie nicht viele Worte. Vollkommen natürlich hat sie sich sofort in die Gruppe eingefügt und mit der größten Selbstverständlichkeit am Unterricht teilgenommen. Ebenso herzlich und unverkrampft begegnen sich die Frauen untereinander, Kleingruppenbildungen gibt es keine. Wer Unterstützung benötigt, erhält sie mit großer Hilfsbereitschaft.

Kontakte knüpfen

Von den Frauen rasche Lernerfolge einzufordern, wäre meiner Meinung nach der falsche Weg. Bei uns funktioniert es mit kleinen, aber kontinuierlichen (Fort)schritten. Viel zu tun gibt es im Hinblick auf die Möglichkeiten deutsch zu sprechen, um miteinander in Kontakt zu kommen. Genau dies wäre der Schlüssel zum Erfolg. Kleine Gesten und kurze, einfache Gespräche können Großes bewirken. Deshalb wünsche ich „meinen“ Frauen, dass sie von den Dorfbewohnerinnen und -bewohnern möglichst viele Gelegenheiten erhalten, sich in ganz alltäglichen kurzen Gesprächen auszutauschen und auch auf diese Weise das „Heimisch werden“ erfahren.

Gemeindepolitik in Egg

Christian Diedo Troy

Ein garstig Lied! Pfui! Ein politisch Lied! So heißt es bei Johann Wolfgang von Goethe. Dieser Artikel soll eine kurze Nachbetrachtung der am 17. Februar 2016 stattgefundenen Podiumsdiskussion zur Egger Gemeindepolitik sein. Keinesfalls betrifft er ausschließlich den neuen Egger Bürgermeister. Jener hat es zuwege gebracht, einen Teil seiner Kritiker zumindest temporär zum Abwarten zu zwingen, indem er, wohl auch von dynastisch-familiärem Bewusstsein beseelt, das Amt angenommen hat. Damit läuft jetzt der Vorwurf, hinter den Kulissen die Fäden zu ziehen, ohne öffentlich Farbe zu bekennen, ins Leere. Mit etwas Zeitabstand wird auch seine Arbeit bewertet werden.

Das Fazit der Veranstaltung gleich vorneweg: Es war ein Abend, der nachdenklich gemacht hat und der einem auch das Fürchten lehren konnte. Letzteres, da der krakeelende Beweis einer österreichweit vorexerzierten Verrohung der politischen Diskussionskultur anhand einiger Wortmeldungen auch in Egg mehr als deutlich erbracht werden konnte. Unwillkürlich erinnerten Stimmung und Diskussionskultur an eine, die sich in den Tagebüchern des Michael Voormann nachlesen lässt. Einmischungen von außen sind in Egg offenbar nur dann gestattet, wenn sie nicht den Finger in offene Egger Wunden legen. Das Verbot eines extern hereingetrage-

nen Meinungspluralismus geht wohl untrennbar mit einer Beschränkung desselben nach innen einher. Das eine ohne das andere wäre widersinnig. Mit den Worten Georg Simmels scheint das Fremde und Unbekannte beängstigend nahe zu sein. Oder mit der Stimme eines Römers: Quod licet Iovi, non licet bovi – wenn zwei das Gleiche tun, ist das noch lange nicht dasselbe.

Nachdenklich stimmten einerseits die beschwichtigenden Wortmeldungen und andererseits der Eindruck, dass die Entwicklungen der letzten Jahre vielen ZuhörerInnen Anlass zur Sorge geben. Handelt es sich in Egg um eine Führungskrise? Ist es eine politische Krise? Gibt es in Egg weder das eine noch das andere? Fragen wie diese sind offen geblieben, auch weil sie zur Wortklauberei abgewertet wurden. Dennoch konnte der Eindruck nicht widerlegt werden, dass der Ort in den letzten Jahren sukzessive in eine verfahrenere Situation geraten ist. Gab es zwischen 1980 und 2000 einen Bürgermeister und sechs Rücktritte von Gemeindevorständen, stiegen zwischen 2000 und Februar 2016 diese Zahlen auf drei bzw. zwölf. Unabhängig von den Gründen der Rücktritte muss es erlaubt sein, diesen Umstand als Indiz einer Politikultur mit eigenartigem Anstrich zu interpretieren.

Vokabeln beim VN-Stammtisch

Ein Leserbrief von Hugo Waldner in den VN am 23. 2. 2016

„In einem Leserbrief 17. 2. 2016 wird das von mir verwendete Vokabular beim VN Stammtisch kritisiert und der Ton als auf eine Kuhweide passend gebrandmarkt, obwohl dies eine Auflistung von Fakten war. Dass aber bei derselben Veranstaltung ein Teilnehmer (der im Übrigen nicht Egger Wähler ist) einem Mitglied der Egger Gemeindevertretung den Vorwurf des Königsmörders entgegenschleuderte, bleibt in diesem Leserbrief völlig unerwähnt! Offenbar muss nur die Richtung stimmen, aus der der Vorwurf kommt. So möchte ich nicht nur als der im Leserbrief vom 17. 2. 2016 Angegriffene, sondern auch als einer, der dieser Gemeinde Egg durch 25 Jahre ehrenamtlich gedient hat, den Vorwurf des Königsmörders gegen jedweden Gemeindevorstand von Egg entschieden zurückweisen. Denn auch und gerade die Wahl der Worte im Duell ist für mich Teil der Kultur und sollte von Repräsentanten der Kultur beherzigt werden.“

Leserbrief von Kurt Bereuter als Angesprochener, der jedoch in den VN, trotz Regeln der Fairness, nicht abgedruckt wurde, hier exklusiv:

„Lieber Hugo Waldner, du bist in deinem Leserbrief mir gegenüber leider nicht fair. Weil du erstens unterschlägst, dass ich, wie die VN – im Gegensatz zu dir – richtig zitierten, gesagt habe, Paul ist für mich der Königsmacher und der, unter Anführungszeichen "Königsmörder". Zugegeben klingt dieser Vorwurf ohne entsprechenden Hintergrund hart, ist aber in der Welt der Aufsichtsräte oder dem ORF durchaus zu finden, Hinweis: <http://orf.at/stories/2273946/2272871/>. Damit ist nichts anderes gemeint, als dass jemand die Macht hat, jemanden in Führungspositionen zu hieven und die Macht hat, jemanden aus Führungspositionen zu entfernen. Und die hat der Fraktionsvorsitzende Paul Sutterlüty, meiner bescheidenen Meinung gemäß. Dass ich als Nicht-Egger mich bei "euch" zu Wort melde, hat nur damit zu tun, dass ich persönlich angesprochen wurde, nicht nur nett. Aber im Gegensatz zu dir, habe ich meine Worte nicht "entgegengeschleudert", sondern ruhig und bedacht geäußert. Dass du von "Duell" sprichst, solltest du aber auch hinterfragen, und damit gebe ich dir darin Recht, dass die Wahl der Worte auch Teil der Kultur ist. Die entscheidende Frage ist doch, welche Kultur bringt politische Krisen – oder "Führungskrisen" – mit sich und da rede ich gerne wieder mit, wenn ich darf.

Ergänzung aus den literarischen Begriffen „Königsmacher“ aus dem DUDEN: "jemand, der (dank seiner eigenen einflussreichen Position) in der Lage ist, jemandem, einer politischen Gruppierung o. Ä. zur Macht zu verhelfen" – also doch eine zulässige Beschreibung, oder? Und aus dem „Königsmörder“, der die Macht wieder entreißt, wurde durch einen Bregenzwälder Alt-BGM aus Schwarzenberg der von ihm erfundene Begriff „Bürgermeistermörder“. Auf den Unterschied hingewiesen, meinte dieser nur, er wolle mit mir keine „Wortklauberei“ betreiben. Manch einer fühlte sich da an alte Zeiten zurückerrinnert, als die Wälder Kulturtag und die Wäldertage zusammen prallten (vgl. Alt-NR Gottfried Feurstein in der Erstausgabe der „Bregenzwälder Zeitung“ 2012).

Zu allem Überdross verwendete dann am Wahlabend auch noch die ORF-Moderatorin den Begriff des „Königsmachers“, der nun nach den Auseinandersetzungen der letzten Monate und Jahre in der Egger Gemeindevertretung selber an die Macht müsse.

Wir vom Kulturforum Bregenzwald werden uns auf alle Fälle auch weiterhin für die Gemeinde Egg, deren BürgerInnen und deren Politik, interessieren und auch diese im Falle des Falles auch kommentieren. Neo-BGM Paul Sutterlüty, den Gemeindevorständen und der Gemeindevertretung wünschen wir auf diesem Weg auf alle Fälle alles Gute und viel Erfolg.

Flucht und Armutszuwanderung

nach Vorarlberg – Ländle-Idylle ade? von Kurt Greussing

Flüchtlinge – oft junge Männer – gehören im Bregenzwald wie in anderen Regionen Vorarlbergs nun endgültig zum Dorf- oder Stadtbild. Und sie lösen höchst gemischte Gefühle aus. Warum sind sie überhaupt hier?

Sicher: Viele fliehen aus politischen Gründen. Doch – wahrscheinlich – noch mehr aus wirtschaftlichen. Weil nämlich Hunger ebenfalls als Verfolgung empfunden wird, vor allem dann, wenn eine korrupte Regierung wenig bis gar nichts tut, um ihm ein Ende zu setzen, zum Beispiel weil eine Bevölkerungsgruppe oder eine Provinz nicht gerade als regierungsfreundlich gilt. Ist dann die Verfolgung mittels schlechter Straßen, fehlender Schulen und Spitäler, Beamten ohne Kenntnis der Regionalsprache, versprochener, aber nie fertiggestellter Bewässerungsbauwerke politisch – wie es unser Asylgesetz zwecks Asylgewährung gerne hätte? Oder doch eher bloß wirtschaftlich, sodass der Hungerleider gefälligst zu Hause bleiben sollte? Wer will da eine Grenze ziehen – und vor allem: wer will diese Grenze dem Flüchtling/Arbeitsauswanderer verständlich machen?

Und dann gibt es noch die, die von ihren (Groß-)Familien einfach vorausgeschickt werden. Sie sollen einen Brückenkopf im reichen Europa bilden, damit sie später für ein paar Daheimgebliebene ebenfalls eine Brücke zu Arbeits- und Verdienstmöglichkeiten schlagen können. Halbwüchsige eignen sich für diese Brückenkopfbildung recht gut. Denn sie werden im Regelfall aus humanitären Gründen nicht zurückgeschickt.

Unbegleitete Minderjährige – wer sind sie?

Rund zehn Prozent aller Asylsuchenden in Österreich waren in den vergangenen Jahren unbegleitete Minderjährige. 2015 stieg ihre absolute Zahl, parallel zur insgesamt rapide wachsenden Zahl der Asylsuchenden, auf rund 9.300 (10,5 % aller 88.900 Asylwerber/innen). Im Jahr 2014 waren es noch 2260 gewesen. Und das Auffälligste: Über die Hälfte bis zu zwei Dritteln, je nach Jahr, sind männliche Jugendliche aus Afghanistan, ganz überwiegend 14- bis 18-Jährige.

Sie stammen großteils aus der afghanischen Volksgruppe der Hasara, die im Hochland westlich von Kabul zu Hause sind. Als Schiiten sind sie seit mehr als hundert Jahren von den sunnitischen Zentralherrschern in Kabul immer wieder schweren Verfolgungen ausgesetzt gewesen. Aufstände wurden niedergeschlagen, Frauen als Dienerinnen und Sklavinnen (und zum Sex) genommen, Männer in verachtete Gewerbe – unter anderem Latrinenreinigung und Gerberei – abgedrängt. Sie gelten der Mehrheit der Afghanen als minderwertig und sie haben ein Pech: Ein jeder erkennt sie leicht, weil ihre Vorfahren aus Zentralasien zugewandert sind und ihnen ihre mongolischen Gesichtszüge vererbt haben. Unter den Taliban haben sie – als Schiiten, und damit als Häretiker und Ungläubige – besonders gelitten. Jetzt, nach dem bevorstehenden Abzug der westlichen Allianz und der drohenden neuerlichen Machtübernahme durch die (überwiegend paschtunisch-sunnitischen) Taliban, müssen sie mit der Fortsetzung ihres Leideswegs rechnen.

Deshalb geht, wer gehen kann. Erst einmal in den ebenfalls schiitischen Iran. Dort sind die Hasara als Flüchtlinge nur geduldet und müssen sich mit Schwarzarbeit, Frauen immer wieder auch mit Prostitution, durchschlagen. Doch wer immer das Geld hat, schickt minderjährige Jungen voraus nach Europa. Zehntausende müssen es 2015 gewesen sein. Politische Verfolgung? Wirtschaftsflüchtlinge? Um ihr Leben Fürchtende? Vernünftig Kalkulierende?

Wer geht? Wer geht nicht? Und warum?

Nicht alle Verfolgten, und schon gar nicht alle Armen wandern aus oder fliehen. Die ganz Armen bleiben sowieso: Sie haben zum Weggehen kein Geld. Die Wohlhabenden versuchen zu bleiben, so lange es erträglich ist, oder schicken lediglich ein Familienmitglied voraus. Wer geht, ist also in der Regel nicht ganz arm, aber auch nicht sehr wohlhabend.

Es gibt auch solche, die einfach aufs Geratewohl

und auf den Versuch hin gehen, ein besseres Leben zu finden. Weil sie Geschichten von wohlgeordneten und reichen Ländern in Europa gehört haben, die Zuwanderer gerne aufnehmen. Oder die einfach die Chance ergreifen, weil so viele andere diese Chance gerade auch ergreifen. Und weil sie glauben, dass man in einer großen Menge von Wandernden auf der gefährlichen Reise ins Unbekannte erst einmal sicherer ist.

Wer will sie? Wer will sie nicht? Und warum?

Es gibt einige Gründe für eine Aufnahme von Flucht-/Armut- und Arbeitszuwanderern: zum Beispiel, weil wir es uns schlicht und ergreifend leisten können. 4.000 Flüchtlinge in Vorarlberg, einer der reichsten Regionen der Welt – wer glaubt da ernsthaft, das könnten wir uns nicht leisten? Und es gibt da diese seltsamen Stellen im Alten Testament – etwa im 3. Buch Mose, 19:33-34, wo es ganz unmissverständlich heißt:

„Wenn ein Fremdling bei dir in eurem Lande wohnen wird, den sollt ihr nicht schinden. Er soll bei euch wohnen wie ein Einheimischer unter euch, und sollst ihn lieben wie dich selbst; denn ihr seid auch Fremdlinge gewesen in Ägyptenland.“

Nicht viele möchten dieses Gebot so ernst nehmen, wie es da geschrieben steht. Es sei unpraktisch und passe überhaupt nicht mehr in unsere Zeit, weil man das christlich-jüdische Abendland beschützen müsse, sagen sie. Und da seien solche Fremde, ähnlich fremd wie die Juden damals in Ägyptenland, nun einmal nicht zu gebrauchen.

Ein paar unter den Christen, manchmal scheinen es wenige, dann plötzlich wieder stattlich viele, sehen das freilich nicht so. Sie möchten, auch mit eigenem Einsatz, die Probe aufs biblische Exempel machen. Weltfremd? Zupackend? Naiv? Mutig?

Es gibt aber durchaus auch gute Gründe, diese Fremden nicht hier haben zu wollen. Weil es so viele sind. Weil nicht klar ist, ob sie sich eines Tages mit eigener Hände Arbeit ernähren können. Ob sie unsere Sprache lernen und sich schließlich als brave Vorarlberger fühlen werden, die den Kapitalstock namens „Gemeinschaft“ mitbilden wollen. Und was passiert, wenn sie sich in ihren eigenen kulturell-sprachlichen Gemeinschaften einzuigeln beginnen und dort genau jene Verhältnisse wieder herstellen, die sie in ihrem religiös-kulturellen Gepäck mitgebracht haben? Darauf gibt es zwei Antworten: 1. sich ebenfalls einigeln. 2. die Einigelung – die eigene wie die der Fremden – aufzubrechen versuchen.

Schafft man das? – Wenn ja, Schritt für Schritt. Und sehr beharrlich.

Viele Fremde – genauer: viele arme Fremde – sind erst einmal kein Gewinn. Sie sind eine Herausforderung und eine Last. Ein Gewinn wären: fremde Ärzte, fremde Künstler, fremde Architekten, fremde Physiker und Chemiker, fremde Facharbeiter. Wir haben solche Fremde in Vorarlberg, und nicht zu knapp: Perser/innen, Armenier/innen, Bosnier/innen, nordafrikanische Araber/innen, etliche graduierte Tschetscheninnen und Tschetschenen.

Nur 20 bis 30 Prozent der jetzt als Flüchtlinge zu uns Gekommenen werden, zieht man einen Vergleich zu Deutschland, Schweden oder der Schweiz, innerhalb von fünf Jahren einen Platz auf dem ersten Arbeitsmarkt finden. Und die anderen 70 bis 80 Prozent? Die sollten uns gut nachdenken lassen: über Integration, die nicht über den normalen Arbeitsmarkt läuft. Sondern über unsere Kultur- und Sportvereine, über Sprachlerninitiativen, Integrationsplattformen, Gemeinwesenarbeiten – letztere aber bitte nicht als Strafkompagnieveranstaltung für Fremde, sondern als sicht- und erlebbares Gemeinschaftswerk von Einheimischen und Fremden, etwa beim Säubern von Fluren und Gewässern oder bei der Erhaltung historischer Wege und Bauten.

Wer immer Erfahrungen mit Fremdem und Fremden machen möchte, hat jetzt reichlich Gelegenheit dazu: als selbstgebackener Sprachlehrer, als Kultur- und Wanderführer, als Integrationsbegleiter. Einfach ist das nicht, aber lohnend.

Umwidmungen jetzt in öffentlicher Sitzung

Manchmal kann etwas ganz schnell und unkompliziert gehen. So geschehen in diesem Frühjahr. In der Sitzung des Vorarlberger Landtages am 9. März hatte der LAbg. der ÖVP, Rechtsanwalt Kucera, gemeint, dass Flächenumwidmungen, wie schon in vielen Gemeinden üblich, in öffentlichen Sitzungen der Gemeindevertretung abgehandelt werden sollten. Ich schrieb dann ein Mail an ihn, an die Alberschwender BGMIn Angelika Schwarzmann, an LR Erich Schwärzler und an das Büro des Landesvolksanwaltes, dass das in Alberschwende immer noch anders gehandhabt wird. Ganze zwölf Tage später erhielt ich dann von unserer Bürgermeisterin die Antwort: „Ich habe dein Rundummail zum Thema Flächenwidmungen und deren Behandlung in der Gemeinde Alberschwende in nicht öffentlicher Sitzung erhalten. Grundsätzlich habe ich diese seit vielen Jahren geübte Praxis von meinen Vorgängern übernommen und bin nicht deiner Überzeugung, dass dies mit mangelndem Demokratieverständnis zu tun hat sondern meine, dass Änderungen zur Flächenwidmung eine besondere Herausforderung darstellen, aber das muss ich einem politisch denkenden Menschen wie dir sicher nicht erklären.

Wir haben mit unserer geübten Praxis aus der Überzeugung gehandelt, dass eine freie Beratung oder Beschlussfassung in einer nicht-öffentlichen Sitzung oftmals besser gewährleistet ist. Gerne aber gebe ich zu, dass dies sicher nicht bei allen Widmungsangelegenheiten notwendig gewesen wäre. Bei unserer gestrigen Vorstandssitzung haben wir das Thema beraten und sind zum Entschluss gekommen, zukünftig Änderungen zum Flächenwidmungsplan in öffentlicher Sitzung abzuhandeln. Wir erlauben uns aber, wie es das GG vorsieht, die Verweisung in die nichtöffentliche Sitzung im Bedarfsfalle beizubehalten.“

Darauf brauchte ich dann nur mehr zu gratulieren und darauf hinzuweisen, dass bei einer Verweisung in eine nichtöffentliche Sitzung gut auf die Begründung zu achten ist. Danke. kb

150 Jahre Amateurtheater im Bregenzwälderwald

Katrin Netter

Am Freitag, dem 15. April, wurde die diesjährige Sommerausstellung des EggMuseums mit dem Titel „Zur Koazwil allarhand treabo. 150 Jahre Amateurtheater im Bregenzwälderwald“ in der Aula der VS Egg feierlich eröffnet. Auch diese Ausstellung ist wieder ein Kooperationsprojekt. Mit dabei sind wieder das Bregenzwälderwald Archiv und das Kulturforum Bregenzwälderwald, aber heuer auch der Theaterverein Bizau, der unter der Leitung von Jürgen Metzler die Idee und viel Unterstützung bot. Hervorragend und sehr engagiert kuratiert wurde die Ausstellung von Natalie Winkel. Bei der Eröffnung ließ die Archivleiterin Katrin Netter, die außer Landes weilte, die Archivmitarbeiterin und Alt-BGMIn Elisabeth Wicke ihren folgenden Text stilvoll verlesen.

Wenn Sie im Anschluss an die Eröffnung in den Räumlichkeiten des EggMuseums symbolisch die Bregenzwälder entlang gehen und einen Einblick in das Theaterschaffen der letzten 150 Jahre von Sulzberg bis Schoppert bekommen, dann fällt unter anderem eines auf: Das Theaterspiel im Bregenzwälderwald ist Laientheater, und das im besten Sinne des Wortes: Getragen von Personen, die aus Passion ihre Freizeit dafür hergeben Stücke zu erarbeiten, in neue Rollen zu schlüpfen und eine literarische Vorlage in dramaturgischer Form dem Publikum zu vermitteln. Die Bandbreite der auf die Bühne gebrachten Stücke war in den letzten 150 Jahren breit, von Klassikern wie Schillers „Räuber“ über Natalie Beers „Michel Rüscher“ bis hin zu Bauernschwänken. Es waren literarische Texte, die der Großteil der Besucher wohl nicht im Original gelesen hatte, aufgeführt sowohl in Hochdeutsch als auch im Dialekt. Das Theaterspiel hat bis heute, wenngleich nicht ausschließlich, einen bildungspolitischen und gesellschaftskritischen Anspruch. Das machte es vor allem in dessen Anfangszeiten in den Augen der politischen Machthaber, der Dorfhonoratioren und der katholischen Kirche gefährlich.

In der Revolution von 1848 erkämpfte sich das Bürgertum der Donaumonarchie rechtliche Freiheiten, die auch im Vereinsgesetz von 1852 ihren Ausdruck fanden. In diesem wurde die Bildung von gemeinnützigen Vereinen zum Zwecke der Förderung von Wissenschaft und Kunst gestattet, die Bildung politischer Vereine blieb allerdings bis zum Vereinsgesetz 1867 weiterhin untersagt. In diese Zeitspanne fiel 1864 die Gründung der ersten Vorarlberger Laientheatergruppe, dem späteren Theaterverein Bizau, dessen Leitung Gebhard Wölfle 1866 übernahm. Um die gleiche Zeit bildeten sich im Bregenzwälderwald weitere Kulturvereine, wie beispielsweise der Männergesangsverein Egg. Ihnen gemeinsam war, dass ihre Gründungsväter bildungsnah und vielfach politisch liberal, oft Lehrer oder Ärzte waren. Dadurch entstand für die katholische Kirche und die konservati-

ven Eliten vor Ort große Konkurrenz. Eine Gesellschaft, deren täglicher Alltag und Weltsicht stark vom Glauben geprägt war, bekam Alternativen aufgezeigt: Alternativen in der Freizeitbeschäftigung und in ideologischer Hinsicht. Nicht zufällig brachte der Theaterverein Bizau 1869 und 1887 Schillers „Räuber“ auf die Bühne. Ein Stück der Aufklärung, das offen Kritik am Feudalsystem und der Stellung der Kirche übt.

Der 1887 über das Vorarlberger Volksblatt ausgetragene Schlagabtausch zwischen dem Theaterverein Bizau und dem Mellauer Pfarrer Metzler über den Wert des Stückes mündete in der Feststellung des Pfarrers, „dass in ländlichen Gebieten die Stärkung des katholischen Volkssinnes als einzig gültiger Maßstab zur Bewertung eines Kunstwerkes zu akzeptieren sei.“ Einige Jahre später schrieb der Reuthinger Pfarrer in seiner Chronik über diese Zeit despektierlich, dass besonders in der Gemeinde Bizau „Dichterinnen und Dichter“, natürlich unter Anführungszeichen, wie die Pilze aus dem Boden gewachsen und deutsche Klassiker, ja sogar Philosophen wie Kant, von den Bauern „studiert“ worden wären. Infolge der Felder-Kämpfe gegen Ende der 1880er Jahre sei die „ganze liberale „Bauern- und Tagediebeintelligenz des Hinterbregenzwälder hinter der Gambrinusflasche (Anmerkung: eine tschechische Biermarke) vom spiritus poeticus angesteckt“ worden. Beim Lesen der Chronik wird auch die Ansicht des Pfarrers deutlich, dass es den „Bauern“ gar nicht zustehe, sich mit Literatur zu beschäftigen, sondern letztere besser ihre Haus- und Feldarbeiten verrichten sollten.

Das erinnert an die sowohl in der Region als auch im Landtag hart geführte Debatte um die Einführung der achtjährigen Schulpflicht im Jahr 1869 und der Vorarlberger Forderung an den Kaiser das Gesetz zurück zu nehmen, da sechs Jahre Schulpflicht ausreichend wären und die Arbeitskraft der Kinder in der Landwirtschaft benötigt würde.

Diese Ereignisse liegen über 100 Jahre zurück, doch gesellschaftlichen Sprengstoff können Theaterstücke bis heute bergen. 1973 wurde die an der Absamer Hauptschule unterrichtende Lehrerin Agnes Larcher mit sofortiger Wirkung entlassen, weil sie mit ihren Schülern das zeitgenössische Theaterstück „Stallerhof“ von Franz Xaver Kroetz gelesen hatte. - Oder denken Sie an den Skandal um die Uraufführung von Thomas Bernhards „Heldenplatz“ im Jahr 1988, gegen welche auflagenstarke Zeitungen und zahlreiche Politiker aller Parteien, über Vizekanzler Alois Mock bis zum Wiener Bürgermeister Helmut Zilk, und Vertreter der Kirche wie Erzbischof Kurt Krenn Stellung bezogen, weil sie darin unter anderem eine „Beschimpfung Österreichs“ sahen.

Wird Alberschwende bald um(ge)fahren?

Kurt Bereuter

Zwei große Projekte prägen die Politik in Alberschwende: eine mögliche Umfahrung des Zentrums und das Liftprojekt Brüggelekopfbahn. Beide stehen für die BGMIn Angelika Schwarzmann an oberster Stelle.

Wenn man bedenkt, dass die Überlegungen zu einer Zentrumsumfahrung von Alberschwende schon Jahrzehnte zurück reichen, ist es wohl angebracht und zugleich ambitioniert, wenn jetzt ein ca. einjähriger Planungs- und Bürgerbeteiligungsprozess stattfindet. „Gemeinsam mit den beauftragten Planungsbüros Rosinak & Partner und Planoptimo Köll ZT GmbH bereiteten Mitglieder der Gemeindevertretung und Vertreter des Landes Vorarlberg den Planungsprozess, der nun gut ein Jahr dauern soll, inhaltlich wie organisatorisch vor“, heißt es auf der Gemeindehomepage unter dem Link „Verkehrslösung Alberschwende“. „Im Mittelpunkt des nunmehr gestarteten Planungsprozesses stehen allerdings die Alberschwenderinnen und Alberschwender. Die Einbindung der BürgerInnen ist ein zentrales Element des einjährigen Planungs- und Beratungsprozesses.“ Geht man davon aus, dass durch das Verkehrskonzept Bregenzwälderwald aus dem Jahre 2010 Land und Wald wissen, was sie wollen, könnte man das einmal klar auf den Tisch legen. Sie wollen vermutlich beide dasselbe, keinen Engpass Zentrum Alberschwende. So wird auch kein Hehl daraus gemacht, dass ein Teil des Auftrages an die beratenden Firmen die Erarbeitung von Umfahrungsvarianten ist. Bei der Bürgerversammlung am 3. Februar 2016 gab es aber auch Fakten: So ist das KFZ-Verkehrsaufkommen in Alberschwende, seit 2007 (der Achrainntunnel wurde im Jänner 2009 eröffnet) um ca. 27 % gestiegen. So ist es eben auch verständlich, wenn die Bewohner und Besucher im Zentrum das Gefühl haben, dass der Verkehr sie umfährt. Andere, die von Umfahrungsvarianten betroffen wären,

fürchten sich genau davor. Denn eines ist klar, jede Beseitigung einer Engstelle führt zu mehr Verkehr über die schnelleren Verbindungswege. So eben auch nach der Eröffnung des Achrainntunnels. Eine Umfahrung würde also wiederum das Verkehrsaufkommen ansteigen lassen und betrifft dann andere mehr. Das gilt übrigens auch für die hinter Alberschwende liegenden Gemeinden wie Egg, das diesen Prozess ja noch vor sich hat. „Das Planungsteam berichtete auch von einer Untersuchung aus dem Jahr 2010 im Rahmen des Verkehrskonzeptes Bregenzwälderwald, welche aufzeigt, welche Verkehrsbelastungen eine Umfahrung Alberschwende möglich machen könnte.“ Fazit: je kleiner die Umfahrungsstrecke, desto höher der Entlastungseffekt für das Zentrum. Eh klar, aber halt nur für dieses. Interessant war auch die Auswertung der Unfallhäufigkeitsstatistik. Dabei wurde klar zum Ausdruck gebracht, dass auch im Rahmen des Planungsprozesses die Kreuzung in Müselbach eine Änderung erfahren soll. Varianten gibt es, Entscheidungen noch nicht. Es soll auch in Zusammenarbeit mit der Universität Graz ein Modellversuch gestartet werden, wie er bereits im Verkehrskonzept Bregenzwälderwald vorgesehen ist. Nur mehr drei Geschwindigkeitsregime sollen auf der Bregenzwälderwaldstraße verordnet werden: 30-50-80, nicht zuletzt um die Lärm- und Luftschadstoffemissionen zurück zu drängen. Das ist ein lobenswertes Ziel, das aber durch jede zusätzliche Maßnahme mit mehr Verkehr wohl sofort wieder ausgeglichen wird.

Wie auch immer, Ende April soll es wieder eine Sitzung der Planungsgruppe geben und bis zum Frühherbst soll das Ganze stehen. Dann wird es ernst. Bei der Riedstraße, die ja auch zu deutlichem Verkehrsaufkommen im Bregenzwälderwald führen wird, wird es länger dauern. Eine Chance und Gefahr für uns zugleich.